Baden-Württembergischer
Handwerkstag e.V.
Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart

HANDWERK BW – Position

26 für 26: Forderungen des Handwerks zur Landtagswahl

Zusammenfassung / „Executive Summary“

Mit dem Handwerk gewinnt man Wahlen:

Jeder 10. Wahlberechtigte in Baden-Württemberg ist im Handwerk tätig.

Politik kann vom Handwerk lernen: Problem anschauen, Lösungen finden und dann umsetzen.

Pragmatismus statt Ideologie.

Von der nächsten Landesregierung, den sie tragenden Parteien und Fraktionen und ihrem Koalitionsvertrag erwarten wir:

Ehrliche Wertschätzung fürs Handwerk, partnerschaftlichen Dialog, pragmatische Regeln, verlässliche Zusagen, konkrete Ziele, realistische Vorgehensweisen.

So wie unsere 140.000 Betriebe jeden Tag wirken: Für die Menschen, für die Sache, fürs Land.

Stand:
Juni 2025

Ansprechpartner zum Thema:
Stefan Schütze
Wirtschafts- und Handwerkspolitik

Tel: 0711 263709-109
Email: schuetze@handwerk-bw.de

Dazu erheben wir 26 Forderungen für die Zeit ab 2026:

DAS HANDWERK ERSTICKT IN FORMULAREN

1. Der Formular-Burnout im Mittelstand muss verhindert werden: Vorschriften radikal durchforsten und abbauen, Berichts- und Dokumentationspflichten reduzieren, voll-digitale Verfahren auf einem zentralen Portal umsetzen.

Ein durchschnittlicher Bäckerbetrieb verbringt 12,5 Stunden pro Woche mit Bürokratie. Das Land muss sich insbesondere in Bundesratsinitiativen und bei der EU für weiteren, spürbaren Bürokratieabbau einsetzen. Zudem ist es zuständig für den Verwaltungsvollzug, also für die Umsetzung von Regelungen. Hier gilt: Mehr Vertrauen in die Betriebe, weniger Nachweispflichten. Zudem müssen staatliche Leistungen schnellstmöglich volldigital auf einem zentralen, nutzerfreundlichen Portal medienbruchfrei beantragbar sein. Hierzu muss das Land Zuständigkeiten vorsehen, eigene Redundanzen abbauen und Geld bereitstellen.

2. „Ein Jahr mal nichts – und am Ende weniger als vorher“: Keine neuen Regelungen für ein Jahr und Netto-Minderung der Bürokratielast am Ende der Legislaturperiode beschließen.

Trotz aller durchaus guten Ansätze wie der Entlastungsallianz oder dem Engagement des Normenkontrollrats: Gefühlt nimmt die Bürokratiebelastung der Betriebe seit Jahren zu. Dabei ist insbesondere die häufige Änderung von Regeln, die Vielzahl und die Komplexität bürokratischer Pflichten ein Hemmnis für die Betriebe. Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen. Ein Belastungsmoratorium und ein konsequenter Abbaupfad wären ein bundesweit strahlender Leuchtturm.

3. Frühere und bessere Beteiligung des Handwerks bei der Gesetzgebung.

Unternehmerisches Praxiswissen muss vom Gesetzgeber berücksichtigt werden. Die Verfahren zur Beteiligung und Anhörung der Verbände sollten daher – wie im Bund – auch im Land nicht erst nach erfolgter Ressortabstimmung starten. Und auch Praxis-Checks müssen konsequent genutzt werden - im Regelungsverfahren und auch bei geltenden Regelungen: Vorab können fehlende Praxisnähe oder Umsetzbarkeit aufgedeckt werden; bei bereits geltenden Regelungen können übergreifend nach Themenfeldern bürokratische Hürden aufgedeckt und nachgebessert werden.

4. Verzicht auf „Gold-Plating“: Die Selbstverpflichtung des Landes, bei der Umsetzung von Bundes- und EU-Recht nicht über die Vorgaben hinaus zu gehen, muss dauerhaft festgeschrieben werden.

„Gold-Plating“, also die Übererfüllung von Vorgaben des Europarechts in Deutschland, führt oft zu einer enormen bürokratischen Belastung der Unternehmen. Statt von den gemeinsamen europäischen Regeln zu profitieren, müssen diese noch zusätzliche nationale Ausnahmen berücksichtigen. Mehr Rechtsgleichheit würde den europäischen Binnenmarkt stärken. Entsprechendes gilt für die Umsetzung von Bundesrecht. Die bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode auferlegte Selbstverpflichtung des Landes muss deshalb entfristet werden.

DAS HANDWERK BRAUCHT FAIREN WETTBEWERB

5. Ob bei der Wärmewende, bei erneuerbarer Energie oder am Bau: Es muss dabei bleiben, dass Kommunen nicht zur Konkurrenz der Privatwirtschaft werden. Daher: Klare Regeln für Kommunen, Stadtwerke und Energieversorger.

Es ist wichtig, dass Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen nicht in direkten Wettbewerb mit privaten Unternehmen treten, besonders bei der Wärmewende, erneuerbaren Energien oder im Bauwesen. Daher sollten klare und faire Regeln für Stadtwerke und Energieversorger geschaffen werden, die verhindern, dass diese den Markt verzerren und so die Bedingungen für Handwerksbetriebe verschlechtern. Ein ausgewogenes Wettbewerbsumfeld muss gewährleistet bleiben.

6. Das Handwerk darf nicht aus Ortskernen und Innenstädten verdrängt werden. Es braucht gemischte Nutzung und KMU-taugliche Gewerbeflächen.

Für Handwerksbetriebe ist es entscheidend, dass sie auch weiterhin in Ortskernen und Innenstädten ansässig bleiben, da diese Standorte wichtige Kundenfrequenzen und gute Erreichbarkeit gewährleisten. Gemischte Nutzungen und Gewerbeflächen, die den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Unternehmen entsprechen, sind notwendig, um den Betrieb wirtschaftlich zu führen und Arbeitsplätze zu sichern. Ohne solche Flächen droht eine Verdrängung und damit der Verlust von wichtigen Gewerbeeinheiten. Darüber hinaus braucht es erleichterte Umnutzungsbedingungen im ländlichen Raum, um Leerstand zu verhindern.

7. Schwarzarbeit bekämpfen und dazu Personal in Kontrollbehörden aufstocken sowie Behörden digitalisieren!

Schwarzarbeit führt für gesetzestreue Betriebe zu Wettbewerbsverzerrungen, den Staat zu Ausfällen bei Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in Milliardenhöhe und für die Beschäftigten zu prekären Lebensverhältnissen. Das Handwerk fordert, das Personal in den Kontrollbehörden aufzustocken und mit Blick auf die Schwarzarbeit besonders zu schulen. Insbesondere gegen handwerksrechtliche Schwarzarbeit ist eine stärkere Bekämpfung erforderlich, denn auch diese ist kein Kavaliersdelikt.

DAS HANDWERK BRAUCHT NACHWUCHS UND FACHKRÄFTE

8. Alle weiterführenden Schulen brauchen Verlässlichkeit – bei Lerninhalten, Ausstattung und Personal. Und alle Schulen müssen mehr für die Berufsorientierung und -vorbereitung tun und bei allen Schulabgängern Ausbildungsreife sicherstellen. Sekundarschulen und berufliche Profile müssen gestärkt werden. Die verbindliche Grundschulempfehlung muss für alle Schularten gelten.

Für Handwerksbetriebe ist wichtig, neben gut beruflich orientierten Bewerbern, die eine fundierte und bewusste Entscheidung für den Berufseinstieg fällen, dass die angehenden Auszubildenden überhaupt ausbildungsreif sind. Fehlende Grundkompetenzen können nur schwer in der Ausbildung nachgeholt werden und sind nicht Teil des Ausbildungsrahmenlehrplans. Die Ausbildungsreife bezeichnet die persönliche und

fachliche Eignung eines jungen Menschen, eine berufliche Ausbildung zu beginnen. Sie umfasst sowohl Grundkenntnisse in Mathematik, Sprache oder Technik als auch soziale und persönliche Reifung (wie Pünktlichkeit, Teamfähigkeit, Motivation und Verantwortungsbewusstsein).

9. Die Berufsbildungsstätten brauchen deutlich mehr öffentliche Mittel für Neubau, Modernisierung und Ausstattung.

Es gilt, die Bildungsstätten des Handwerks zukunftssicher auszustatten, zu fördern und entsprechende Mittel in den kommenden Jahren hierfür bereitzustellen. Die Bildungsstätten des Handwerks sind elementare Bausteine der Fachkräftesicherung und -entwicklung. Hierfür sind von Bund und Land planbare, notwendige Finanzierungsmittel zur Ausstattung bereitzustellen, um auch wieder zu einer echten Drittelfinanzierung der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung zurückzukehren.

10. Nur Lehrer, die das Handwerk kennen, können es vermitteln – deshalb: regelmäßige Lehrerfortbildung, auch in Betrieben, verbindlich machen.

Das Handwerk begrüßt den stärkeren Fokus auf berufspraktische Profile, die Ausweitung des WBS-Stundenkontingents sowie die Steigerung der Anzahl der verpflichtenden Praxistage für Schülerinnen und Schüler. Jedoch gibt das noch keine Garantie für die Einstellung und das Handwerkswissen der Lehrkräfte, Rektoren und Eltern. Dieselbe Verpflichtung für Schülerinnen und Schüler, regelmäßig an berufsorientierenden Veranstaltungen teilzunehmen, muss auch für Lehrkräfte im Sinne von Praxiserfahrungen gelten.

11. Betriebe brauchen Fachkräfte und Azubis – auch aus dem Ausland. Hier muss der Staat die Verfahren vereinfachen und die Betreuung durch unsere Organisationen unterstützen.

Mit der Novelle des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist der Startschuss zur Erleichterung der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte aus Drittstaaten erfolgt. Um das ausländische Fachkräftepotenzial ausschöpfen zu können, müssen aber nun simple, verständliche und umsetzbare Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen geschaffen und ausgestaltet werden. Die Integrationsleistung und die Einreiseformalitäten dürfen nicht alleinig auf den Schultern der Betriebe verteilt werden.

DAS HANDWERK WILL BAUEN

12. Wohnungen bauen heißt: Fachkräften eine Bleibe geben, die Wirtschaft ankurbeln und soziale Konflikte entschärfen. Dabei kann das Land mit mehr Mitteln für den sozialen Wohnungsbau helfen.

Der Bau neuer Wohnungen und die Sanierung von Wohnraum steigert die Nachfrage nach Handwerksleistungen auch in den Ausbaugewerken und sichert somit Arbeitsplätze. Gleichzeitig profitieren Handwerksbetriebe von bezahlbarem Wohnraum, da dieser für Fachkräfte ein entscheidender Faktor bei der Arbeitsplatzwahl ist. Eine stärkere Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch das Land würde somit nicht nur das Handwerk stärken, sondern auch wirtschaftliche Stabilität und sozialen Zusammenhalt fördern.

13. Die Grunderwerbsteuer muss umgehend auf 3,5 Prozent sinken. Denn „3,5 Prozent von X ist mehr als fünf Prozent von nix“.

Eine Senkung der Grunderwerbsteuer ist ein – mittlerweile wissenschaftlich belegt – wirksames Instrument, um den Wohnungsbau anzukurbeln und so bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ein niedrigerer Steuersatz kann die Zahl der Baugenehmigungen deutlich erhöhen. Die Grunderwerbsteuer muss wieder auf den ursprünglichen Satz von 3,5 Prozent gesenkt werden. Außerdem muss das Land einen Freibetrag für den Ersterwerb einführen, falls der hierfür zuständige Bundesgesetzgeber diese Möglichkeit eröffnet.

14. Auch Azubis brauchen bezahlbaren Wohnraum: kurzfristig für die Wochen in Berufsschule und Bildungsstätte – langfristig, um bei der Lehrstellensuche mobiler zu werden.

Ein „Ausbildungs-Matching“ darf nicht an fehlendem Wohnraum scheitern. Das Handwerk fordert, neben der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende, explizit die Aufnahme von tage- und wochenweiser Nutzung in die aktuellen Förderaufrufe des Jungen Wohnens. Zur Attraktivität der beruflichen Bildung gehört neben Wohnraum auch eine adäquate Unterbringung während der Berufsschulzeiten und der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung.

DAS HANDWERK BRAUCHT INTAKTE INFRASTRUKTUR

15. Stromnetze modernisieren, Straßen und Brücken sanieren, Funklöcher schließen, Glasfaser flächendeckend ausbauen – der Staat muss sich mehr denn je um die Grundlagen des Wirtschaftens kümmern.

Eine moderne Infrastruktur bildet die Grundlage für effizientes Arbeiten, reibungslose Logistik und digitale Prozesse. Sanierte Straßen und Brücken erleichtern den Transport von Materialien, während ein zuverlässiges Strom- und Glasfasernetz den digitalen Wandel im Handwerk und der Gesellschaft vorantreibt. Durch staatliche Investitionen entstehen zudem zahlreiche Aufträge für Handwerksbetriebe, was Wachstum und nachhaltige Beschäftigung in der standorttreuen Branche sichert. Aus den Milliarden des Sondervermögens Infrastruktur muss das Land ein schlagkräftiges Investitionsprogramm in Infrastruktur auflegen, das die Mittel über mehrere Jahre verwendet, um nachhaltige Wirkung zu erzielen.

16. Bewohnerparken allein hilft nicht, unsere Betriebe brauchen die Berechtigung zum Quartiersparken sowie die Ausweisung von handwerksgerechten Lade- und Servicezonen.

Handwerksbetriebe sind für ihre Arbeit auf kurze Wege, schnelle Ladeprozesse und Parkmöglichkeiten in Kundennähe angewiesen. Ohne spezielle Parkberechtigungen und ausgewiesene Lade- und Servicezonen verlieren Handwerker wertvolle Arbeitszeit mit der Parkplatzsuche und weiten Transportwegen. Eine einfache und möglichst digitale Handhabung des Parkens in den einzelnen Landkreisen würde die Effizienz der Betriebe steigern und ihre Einsatzfähigkeit in städtischen Gebieten sichern. Kommunen müssen für handwerksfreundliche Regelungen Sorge tragen.

DAS HANDWERK WILL DIGITAL, INNOVATIV UND NACHHALTIG SEIN

17. Die Digitalisierungsprämie ist eines der praktischsten Zukunftssicherungs-Instrumente der Landesmittelstandspolitik – die nächste Regierung muss ihren Wert neu entdecken, die Prämie beibehalten und wieder ausbauen.

Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, ist für den Mittelstand die Digitalisierung von Fertigungs- und Verwaltungsprozessen essenziell. Seit Jahren gehört das Handwerk zu den Branchen, die am stärksten von der unkompliziert und niederschwellig zu beantragenden Förderung der Digitalisierungsprämie Plus profitieren. Der Trend der letzten Jahre, die zur Verfügung stehenden Mittel zu kürzen und die Förderkonditionen zu verschlechtern, muss umgekehrt werden. Da digitale Anschaffungen zunehmend Lizenz-, Abo- oder Pay-per-Use-Modellen folgen, sollten auch solche laufenden Kosten stärker förderfähig sein und kumulierbar sein können.

18. Die öffentliche Verwaltung muss handlungsfähig bleiben, mit großen Schritten digitaler werden und ihre Verwaltungsverfahren so vereinfachen. Das gilt insbesondere für Kommunen.

Zu lange Genehmigungsverfahren bremsen die Wirtschaft und die Transformation aus. Genehmigungsverfahren müssen massiv beschleunigt, Verwaltungsstrukturen und -kapazitäten handlungsfähiger werden. Einer der zentralen Schritte dorthin ist die konsequente Digitalisierung, Vereinheitlichung und Verschlankung der Prozesse in der gesamten öffentlichen Verwaltung, insbesondere in den Kommunen. Mit einem Digitalisierungsgrad der öffentlichen Verwaltung von 32 Prozent liegt Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt aller Bundesländer. Das kann nicht der Anspruch der Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg sein.

19. Die Unterstützung des Einsatzes von KI darf sich nicht auf Wissenschaft und Industrie beschränken – es braucht die Förderung praxisnaher KI im Handwerk.

Auch im Handwerk bietet Künstliche Intelligenz immense Potenziale zur Automatisierung, Unterstützung und Effizienzsteigerung. Niedrigschwellige und geförderte Beratungsangebote sind hier als erste Orientierungshilfen essenziell. Genauso muss jedoch auch die Umsetzung, das Implementieren von KI in die Wertschöpfung mittelständischer Betriebe, unterstützt werden. Neben Schulungsangeboten und Förderprämien ist auch wichtig, dass das Land praxisnahe Forschung und Entwicklung, die auf KMU zugeschnitten ist, fördert.

20. Das Handwerk bekennt sich zum Klimaschutz, zur Energie- und Wärmewende sowie zur E-Mobilität. Das Handwerk profitiert davon und engagiert sich dafür. Dafür muss es als wichtiger Akteur ernstgenommen und einbezogen werden. Und es braucht die richtigen Entscheidungen zur Zielerreichung.

Das Handwerk treibt Klimaschutz, Energie- und Wärmewende sowie E-Mobilität maßgeblich voran und muss als zentraler Akteur besser in Gesetzgebung und Verwaltungshandeln einbezogen werden. Dafür braucht es klare politische Rahmenbedingungen, um bessere Netze bis auf die letzte Meile für den Ausbau von PV,

Speichern sowie Ladeinfrastruktur zu bauen. Mit der richtigen Unterstützung kann das Handwerk entscheidend zur Klimawende beitragen und wirtschaftlich profitieren.

DAS HANDWERK MACHT LUST AUF UNTERNEHMERTUM

21. Wer den Meister hat, gründet selten sofort. Für die Beantragung der Meistergründungsprämie braucht es mehr Zeit – wir fordern deshalb 4 Jahre Antragsfrist! Plus gesicherte günstige Kredite für Gründung und Nachfolge.

Derzeit kann die Meistergründungsprämie nur zwei Jahre nach der Prüfung in Anspruch genommen werden. Für einen Jungmeister, der zunächst Erfahrung und Eigenkapital benötigt, ist das zu kurz. Ein zusätzlicher Bonus für Übernahmen sollte darüber hinaus eingeführt werden. Die bekannten Förderprogramme der L-Bank sind mindestens im jetzigen Umfang fortzuführen.

22. Wer Betriebsnachfolgen sichert, der sichert den Bestand von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Deshalb Aktivitäten der Handwerksorganisation zum Thema Nachfolge massiv unterstützen.

Rund 23.000 Betriebe im Handwerk BW suchen in den nächsten Jahren einen Nachfolger. Mit Landesförderung sensibilisieren, beraten und begleiten die Handwerksorganisationen nachfolgewillige Betriebe. Die Förderung für diese Angebote muss beibehalten und ausgeweitet werden. Die hohe Relevanz der Nachfolge muss auch in der Außendarstellung des Landes sichtbar sein. Sollte die Landeskampagne „Nachfolge BW“ fortgesetzt werden, dann unbedingt gleichwertig neben Start-up-BW und nicht als Unterthema.

DAS HANDWERK IST ES WERT

23. Dem grundsätzlichen Misstrauen von Teilen der Politik, Gesellschaft und Medien gegenüber Unternehmerinnen und Unternehmern muss entgegengewirkt werden. Dabei kann eine Regierung mit ihrer Kommunikation und ihren Maßnahmen helfen: für ein Bild von gerade mittelständischen Unternehmern, die engagierte Macher, attraktive Arbeitgeber und Ausbilder sowie standorttreue Steuerzahler sind.

Wirtschaft lebt von Vertrauen. Das standorttreue Handwerk hat keinen Anreiz, sich unredlich zu verhalten. Es erwartet aber im Gegenzug, dass Politik, Medien und Gesellschaft dem Handwerk das Vertrauen entgegenbringen, das es verdient. In der derzeitigen Transformation des Arbeitsmarktes ist das Handwerk gerne bereit Branchenwechsler als Fachkräfte aufzunehmen. Das Land muss hier, beispielsweise bei Nachqualifikationen, unterstützen. Zudem muss die Ehrenamtskarte für Ehrenamtsträger im Handwerk ohne Bedingungen und Formalismus erhältlich sein, gleichwertig zu anderen Ehrenämtern. Dies ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung.

24. Mehr Fairness bei beruflicher und akademischer Weiterbildung; Deshalb die Meisterprämie auf 3.000 € erhöhen.

Fort- und Weiterbildungen sind die wirksamsten Maßnahmen für Existenzsicherung eines jeden Handwerkers und Akademikers. Die hierfür aufkommenden Kosten sind aber seit Jahren ungleich verteilt. Um die berufliche

Bildung zu fördern und die Existenzsicherung des Mittelstands zu gewährleisten, muss die Meisterprämie auf 3.000 € angehoben werden.

25. Das Förderprogramm „Horizont Handwerk“ muss ein garantiertes Instrument der Handwerkspolitik im Koalitionsvertrag bleiben.

Horizont Handwerk bereitet den handwerklichen Mittelstand in Baden-Württemberg auf die Zukunft vor. Die kleinen Betriebe haben keine eigenen Strategieabteilungen und benötigen somit Unterstützung. Seit 2018 wurden beispielsweise mehrere Tausend Beratungen in Anspruch genommen, und die Herausforderungen werden nicht kleiner. Eine aktuelle Evaluation hebt hervor, dass die Handwerksbetriebe die Angebote als professionell, praxisnah und niederschwellig wahrnehmen. Die große Mehrheit der teilnehmenden Betriebe würde die Unterstützung auch künftig in Anspruch nehmen.

26. Wo „Mittelstandspolitik“ draufsteht, muss auch Mittelstand drin sein – alles Handeln muss sich hier auf KMU (bis 250 Mitarbeitende) ausrichten.

KMU machen den größten Anteil der Betriebe im Land aus und sorgen für Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Wertschöpfung in der Fläche. Diese Besonderheit in Baden-Württemberg muss erhalten bleiben. Die Landesregierung muss diese Betriebe besonders in den Blick nehmen. Einer Ausweitung des Mittelstandsbegriffs auf mehr als 250 Beschäftigte erteilt das Handwerk eine klare Absage.